

grün journal

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

INHALT

Bildung

Der Übergang von der Kita zur Schule soll besser werden. **S. 2**

Armut

Ein neuer Ausschuss befasst sich mit Armutsbekämpfung. **S. 3**

ÖPNV

Für mehr Klimaschutz soll der ÖPNV ausgebaut werden. **S. 4**

Unterstützung für Genossenschaften

Bremen unterstützt auf Initiative der Grünen-Fraktion fortan Baugemeinschaften und Genossenschaften als Rechts- und Wirtschaftsform besser. Für Baugemeinschaften ist beim Bausenator eine Koordinierungsstelle eingerichtet worden, die über aktuelle Grundstücksangebote informiert und Beratung bietet. „Wir wollen gute Bedingungen für gemeinschaftliche Bauvorhaben mit sozialen oder ökologischen Ansprüchen schaffen. Solche Projekte sind ein Gewinn für die Stadtentwicklung“, so der baupolitische Sprecher Carsten Werner. Auch Genossenschaften z.B. von Kultur- bzw. Sozialinitiativen oder als Kooperationsmodell von mittelständischen Unternehmen werden bei der Beratung durch die Wirtschaftsförderung Bremen künftig wieder stärker berücksichtigt. Ihnen stehen die Förderprogramme der Bremer Aufbau-Bank zur Verfügung.



Die Bürgerschaftsfraktion der Grünen will den städtischen Einfluss auf die Abfallwirtschaft stärken. Die Ziele: mehr Umwelt- und Klimaschutz durch effizientere Abfallverwertung, verlässliche Entsorgung und stabile Müllgebühren, sichere und nach Tarif bezahlte Arbeitsplätze.

In ihrem Privatisierungsfieber hatte die Große Koalition 1998 den Auftrag für die Müllentsorgung und Teile der Stadtreinigung gegen den Willen der oppositionellen Grünen für 20 Jahre verkauft. Ob Müllwagen, Tonnen oder Müllverbrennungsanlage – mit der damaligen Entscheidung ist die gesamte Infrastruktur und das Know-how für die Stadt verloren gegangen. 2018 laufen die Verträge mit dem privaten Entsorger aus.

Für die Grünen-Fraktion ist klar: Die Stadt muss in Zukunft wieder mehr Einfluss auf die Müllentsorgung haben. „Wir wollen mehr Mitsprache, um u.a. den Umweltschutz zu stärken. Neben einer deutlich höheren Recyclingquote gehört dazu auch eine Biogasanlage, mit der Biomüll und Gartenabfälle künftig für die regenerative Energieerzeugung genutzt werden können. Auch der Einsatz schadstoffärmerer Müllwagen oder die effizientere Sammlung von Sperrmüll und Weiterverwendung durch ‚Reparatur-Cafés‘ ist mit mehr städtischem Einfluss besser zu bewerkstelligen“, betont Maïke Schaefer. Die umweltpolitische Sprecherin der Grünen

unterstreicht zugleich, dass die Müllabfuhr weiterhin zuverlässig und die Gebühr bezahlbar bleiben muss. „In Bremen leben auch viele Menschen mit schmalen Geldbeutel. Wir müssen bei den anstehenden Entscheidungen deshalb sehr genau darauf achten, welche Kosten unterm Strich entstehen. Denn die bezahlen am Ende die Gebührenden. Um die Kosten im Rahmen zu halten und gleichwohl unsere Ziele besser umsetzen zu können, sind für uns aus heutiger Sicht unterschiedliche Beteiligungsmodelle denkbar“, erläutert Maïke Schaefer.

Die Entscheidung kann für die einzelnen Bereiche wie Müllabfuhr, Stadtreinigung, Recyclinghöfe und Müllverbrennung allerdings unterschiedlich ausfallen. „Die Vielzahl an Zuständigkeiten für die Reinigung von Straßen, Parks oder auch Badestränden wieder zu bündeln, macht für mehr Sauberkeit in der Stadt sicherlich Sinn. Eine Übernahme der Müllverbrennungsanlage ist hingegen nicht erstrebenswert“, so Maïke Schaefer.

Um endgültig zu entscheiden, wie die Abfallentsorgung in Bremen künftig organisiert wird, werden derzeit noch Fragen etwa zur Finanzierung und zum Vergaberecht geprüft. Die Ergebnisse standen bis Redaktionsschluss nicht fest.

Ein ausführliche Positionspapier zum Thema steht unter: www.gruene-fraktion-bremen.de.

Förderung aus einem Guss!



Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern sind umso größer, je früher und gezielter sie gefördert werden. Um die Förderung aus einem Guss zu verbessern, hat die Grünen-Fraktion einen 3-Stufen-Plan zur engeren Verzahnung von Kindergarten und Grundschule beschlossen.

„Um Kinder dort abzuholen, wo sie stehen, muss ihre Förderung aufeinander abgestimmt über Institutionsgrenzen hinweg erfolgen. Das wollen wir mit einer engeren Verzahnung von Kita und Grundschule verbessern. Denn beide Institutionen legen mit der Vermittlung wichtiger Kompetenzen das Fundament für eine erfolgreiche Entwicklung der Kinder“, erläutert die bildungspolitische Sprecherin Sülmez Dogan.

In einem ersten Schritt wollen die Grünen

die bereits vereinzelt laufenden Projekte zum frühen Lernen und besseren Übergang vom Kindergarten in die Schule ausgewertet wissen. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse soll dann ein Entwicklungsplan für den Kindergarten- und Grundschulbereich erarbeitet werden. Wichtige Punkte sind dabei: Ein gemeinsamer Rahmenbildungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren soll die zentralen Aufgaben in Kita und Grundschule benennen und u.a. die Anforderungen für den optimal gestalteten Übergang der Kinder in die Schule festlegen. Zudem sollen die alltagsintegrierte Sprachförderung ausgebaut und dafür qualifizierte Fachkräfte auch schon in Krippen gezielt eingesetzt werden. „Sprachförderung muss möglichst früh beginnen, zumal die Spra-

chenentwicklung zwischen der Geburt und dem 4. Lebensjahr stattfindet. Im Schnitt 30 Prozent der Erstklässler können nicht richtig sprechen. Deshalb ist die stärkere Vernetzung der Sprachförderung wichtig“, betont der kinderpolitische Sprecher Stephan Schlenker.

Da gerade auch die Familie für die Entwicklung der Kinder entscheidend ist, ist eine abgestimmte Elternarbeit erforderlich. Je nach Standort ist die Umwandlung von Kitas zu Familienzentren mit Unterstützungsangeboten zu prüfen. Um die Qualität in den Kindergärten und Grundschulen zu sichern, muss es ein umfangreiches Angebot an Fort- und Weiterbildungen geben.

Nicht zuletzt erwarten die Grünen in einem dritten Schritt, die Reibungsverluste beim Übergang von der Kita zur Schule zu verringern. Ziel ist es, für die dabei entscheidenden Themen schrittweise eine neue gemeinsame Verantwortlichkeit und für Eltern nur noch einen Ansprechpartner der Behörden zu schaffen. „Die Umsetzung der Sprachförderung und Inklusion, die Weitergabe von Infos über den Entwicklungsstand der Kinder und die Umsetzung eines gemeinsamen Bildungsplans können so im Sinne der Kinder effektiver gestaltet werden“, meinen Sülmez Dogan und Stephan Schlenker.

Das vollständige Positionspapier findet sich unter: www.gruene-fraktion-bremen.de

! Damit die Häuser nicht absaufen

Überschwemmte Keller und zerstörte Dächer, gesundheitliche Belastungen älterer Menschen, starke Einschränkungen im Verkehr oder auch Unterbrechungen in den Liefer- und Produktionsketten – das droht Bremen und Bremerhaven im Zuge des Klimawandels. Denn die Erderwärmung führt hier zu mehr Starkregen, Hochwasser und Hitzewellen. Bremen muss deshalb den Klimaschutz verstärken und negative Folgen des Klimawandels begrenzen. „Klimaschutz und Klimaanpassung: das sind die zwei zentralen Herausforderungen für Bremen“, betont die energiepolitische Sprecherin Anne Schierenbeck, „deswegen benötigt Bremen ein Klimaschutzgesetz.“

Der Gesetzentwurf war zu Redaktionsschluss noch in der Ressortabstimmung. Er sieht u.a. vor, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu verringern. „Die Einhaltung der Klimaschutz-



ziele muss gesetzlich geregelt werden, um nachzusteuern, wenn die Emissionen sich nicht wie geplant entwickeln“, bekräftigt Anne Schierenbeck.

Um den CO₂-Ausstoß zu vermindern, setzt Bremen auf energieeffizientes Sanieren und Bauen, den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und eine klimaschonende Verkehrswende. „Wir wollen, dass Bremen und Bremerhaven für ihre BewohnerInnen auch

in Zukunft lebenswert bleiben. Auch der Logistikstandort mit seinen vielen Arbeitsplätzen ist darauf angewiesen, dass die Infrastruktur im Klimawandel nicht baden geht“, unterstreicht Anne Schierenbeck.

Zugleich gilt es, Bremen und Bremerhaven vor den künftigen Wassermassen durch mehr Sturmfluten und Starkregen zu schützen. Neben der Erhöhung der Deiche und durchlässigen Befestigungen für Fahrbahnen sowie Gehsteige muss auch die Versiegelung reduziert werden, um die Versickerung des Wassers zu ermöglichen. Nicht zuletzt sind der Erhalt von Bäumen und Grünflächen sowie mehr begrünte Dächer und Außenmauern nötig, um aufgeheizte Straßenzüge bei Hitzewellen abzukühlen. „Damit der Mensch weiterhin in der Stadt leben kann, müssen Bremen und Bremerhaven grüner werden“, so Anne Schierenbeck.

Armutsbekämpfung fordert alle

Neben unterstützender Sozialpolitik kommt es zur Verringerung von Armut besonders auf eine effektive Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik an.

Im Land Bremen ist fast ein Viertel der Bevölkerung von Armut bedroht. Nun hat ein Parlamentsausschuss die Arbeit aufgenommen, um die Weichen für wirksamere Armutsprävention zu stellen. Worauf es dabei aus Sicht der Grünen am Ende ankommt, erläutert der Fraktionsvorsitzende Matthias Güldner im Interview.

Zusätzlich zur Sozialdeputation, dem Bündnis für Sozialen Zusammenhalt und anderen Foren gibt es jetzt auch einen Bürgerschaftsausschuss „Zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung“. Warum?

Matthias Güldner: Das Parlament als Gesetzgeber und Haushaltsgesetzgeber darf sich einer solch zentralen Frage nicht entziehen. Wir entscheiden über das Geld und über die Richtlinien der Politik. Seit vielen Jahrzehnten läuft die Entwicklung Bremens zur Hauptstadt der miserablen Chancen für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien, durch Bildung, Ausbildung und Arbeit zu einem gesicherten Auskommen zu kommen. Gefühlt ist Bremen aber auch die Hauptstadt des „Redens über soziale Spaltung“. Dieser Ausschuss darf es also nicht beim Reden belassen, sondern muss konkrete Handlungsschritte

„Frühkindliche Angebote sind ein sehr wirksames Instrument gegen Armut.“

Matthias Güldner

vorschlagen, die dann in der nächsten Wahlperiode umgesetzt werden können. Im Übrigen ist nicht die Sozialpolitik, auch wenn sie sich um Prävention bemüht, der alleinige Akteur einer Bekämpfung der sozialen Spaltung. Effekte aus der Bildungs-, Aus- und Weiterbildungspolitik sowie der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik müssen unbedingt hinzukommen. Der jetzt eingesetzte Ausschuss hat eine fachübergreifende Besetzung und ressortübergreifende Themenstellungen. Armutsbekämpfung ist interdisziplinär. Wir verleihen dem Anliegen auch dadurch Nachdruck, dass neben dem Grünen-Fraktionsvorsitzenden als Obmann die fachpolitischen SprecherInnen für Bildung, Arbeit, Kinderbetreuung, Migration und Gesundheit vertreten sind.

Der Ausschuss hat nur ein Jahr Zeit. Was können, was wollen Grüne da bewegen?

Wir wollen uns nicht verzetteln, uns auf drei Themenschwerpunkte konzentrieren. In denen sollen auch konkrete Forderungen und realistische Umsetzungsschritte beschlossen werden: 1. Kinderarmut und Möglichkeiten zu ihrer Verhinderung. Hier zielen wir auf noch bessere Kinderbetreuungs- und frühkindliche Bildungsangebote, auch als sehr wirksames Instrument der Armutsprävention. Anders als beim fatalen Betreuungsgeld der Bundesregierung sollen arme Familien mit und ohne Migrationshintergrund motiviert werden, Krippen und Kitas als Chancen für ihre Kinder stärker zu nutzen. 2. Menschen mit Migrationshintergrund aus gesetzlichen und gesellschaftlichen Armutsfallen herausholen. Man denke nur an gesetzliche Armutsmaschinen wie das Arbeitsverbot für Flüchtlinge oder die verbesserungswürdige Elternarbeit in Kitas und Schulen. 3. Wir brauchen einen sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose und Menschen, die nicht kurzfristig in das reguläre Erwerbsleben integriert werden können. Das darf kein Abstellgleis sein. Sobald sich auch nur der Hauch einer Chance ergibt, in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt zu wechseln, muss das das Ziel sein. In Bremerhaven fahren Menschen, die vorher sehr lange arbeitslos waren, die Containerbrücken im Hafen. Wir brauchen mehr davon.

Welchen Ansatz haben die Grünen, um in Bremen den Teufelskreis verfestigter Armut konkret bei Kindern zu durchbrechen?

Unzureichende Bildung oder Ausbildung führt dazu, dass junge Menschen keine Arbeit finden oder nur eine mit geringem Lohn, der zum Bestreiten des Lebensunterhalts oft nicht ausreicht. Deswegen ist ganz entscheidend, schon die Startchancen von Kindern aus benachteiligten Familien weiter zu verbessern. Auf den Anfang kommt es an: Wir müssen mit dem weiteren Ausbau der Kinderbetreuung deutliche Anreize schaffen, damit mehr Familien mit hohem Armutsrisiko die frühe Förderung in Anspruch nehmen. Sprache ist dabei ein entscheidender Schlüssel für mehr Teilhabe- und Bildungschancen. Die Sprachförderung

sollte deshalb möglichst früh einsetzen. Zugleich muss z.B. die Förderung in Kita und Grundschule aus einem Guss gestaltet werden, wofür die Fraktion der Grünen einen Plan vorgelegt hat. Wir wollen dafür sorgen, dass die Kinder dort abgeholt werden, wo sie stehen. Nicht zuletzt erwarten wir, dass die Unterrichtsqualität an den Bremischen Schulen deutlich vorangebracht und die Schulabbrucherquote verringert wird. Übrigens ist der verstärkte Ausbau der Kinderbetreuung mit erhöhter Stundenzahl z.B. auch für Alleinerziehende wichtig, damit sie mehr als Teilzeit arbeiten und so ihre drohende Altersarmut vermeiden können.

Kann Bremen das angesichts seiner sehr angespannten Finanzlage leisten?

Der Bund stellt den Ländern und Gemeinden rund sechs Milliarden Euro für Bildung zur Verfügung. Davon kommen ab nächstem Jahr voraussichtlich ca. 30 Millionen Euro in Bremen an. Davon sollen die Hochschulen und die Schulen profitieren, z.B. in punkto Inklusion und Ausbau von Ganztagschulen. Aus grüner Sicht macht es aber ebenso Sinn, einen Teil der Mittel für die Krippen und Kitas zu nutzen. Wer die Verbesserung der Bildungschancen als Strategie gegen Armutsbekämpfung betrachtet, muss folgerichtig auch das frühkindliche Fundament für einen erfolgreichen Bildungsweg stärken. Dafür wird sich die Bürgerschaftsfraktion der Grünen einsetzen.



**Matthias Güldner,
Fraktionsvorsitzender**

ÖPNV in Bremen

Angebot ausbauen

Über 103 Millionen Fahrgäste befördert die Bremer Straßenbahn AG pro Jahr. Schon heute werden 14 Prozent aller Fahrten in Bremen mit Bus und Bahn zurückgelegt. Die Bürgerschaftsfraktion der Grünen macht sich für den weiteren Ausbau stark. „Wer den ÖPNV nutzt, schützt das Klima und tut etwas für saubere Luft in der Stadt. Die Straßenbahn stößt keine Abgase aus und bezieht ihren Strom aus regenerativen Quellen. Wir wollen dieses umweltfreundliche Verkehrsmittel noch attraktiver machen, damit weitere Menschen umsteigen. Der Ausbau des ÖPNV ist vor dem Hintergrund steigender Benzinpreise, einer zunehmend älteren Gesellschaft und verstärkt erforderlichem Klimaschutz eine wichtige Aufgabe“, erläutert der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe.

Das Ziel: Der Anteil des umweltfreundlichen ÖPNV am Gesamtverkehr soll bis 2025 auf 20 Prozent steigen. Um das zu erreichen, will die Fraktion auf nötige Verbesserungen hinwirken. Mit Blick auf die klamme Finanzlage können die Maßnahmen allerdings nur schrittweise erfolgen. So soll das Straßenbahn-Netz ausgebaut werden. Zu prüfen sind u.a. eine Straßenbahnanbindung von Burg und die Weiterführung der Linie 8 bis zur Universität. Wo Menschen derzeit lange Wege zur nächsten Haltestelle zurücklegen müssen, sollen neue

Haltepunkte eingerichtet werden. Ferner müssen alle Haltestellen barrierefrei gestaltet werden. „Für die Akzeptanz der Straßenbahn in der Stadt ist es auch wichtig, dass sie möglichst leise ist. Für besseren Lärmschutz sind Rasengleise geeignet, die bei anstehenden Streckenanierungen zum Zuge kommen sollen. Für die Busse fordern wir, dass sie bis 2030 komplett elektrisch und damit CO₂-neutral betrieben werden“, betont Ralph Saxe.

Die Grünen wollen auch die Abfahrtszeiten von Zügen, Bussen und Bahnen besser aufeinander abgestimmt wissen, damit beim Umsteigen nur kurze Wartezeiten entstehen. Die S-Bahn von und nach Bremen-Nord soll möglichst im 15-Minuten-Takt fahren. „Wir wollen den Umweltverbund zudem stärken, indem die Haltestellen mit Pedelec-Ausleihe, Carsharing und Park&Ride-Angeboten verknüpft werden“, so Ralph Saxe. Nicht zuletzt sollen



die Ticketpreise möglichst stabil gehalten werden. „Nur wenn der ÖPNV bequem und preiswerter ist, bleibt das Auto stehen. Mit der City Initiative sollte auch ein ‚Shopping-Ticket‘ geprüft werden“, so Ralph Saxe.

Das Positionspapier zum Thema steht unter: www.gruene-fraktion-bremen.de

Religionsunterricht: Gemeinsam statt getrennt

Zum neuen Schuljahr steht für Bremer SchülerInnen das konfessionsübergreifende Fach ‚Religion‘ auf dem Stundenplan, das den Biblischen Geschichtsunterricht ablöst. Das neue Fach soll gleichberechtigt über Religionen, ihre großen Erzählungen und Werte informieren sowie den Dialog darüber fördern. Der Unterricht vermittelt Wissen, das Heranwachsende benötigen, um die vielfältigen religiösen Einflüsse auf ihre Lebenswirklichkeit einordnen zu können. Die Bürgerschaftsfraktion der Grünen hatte sich seit Jahren für die Weiterentwicklung des Biblischen Geschichtsunterrichts zu ‚Religion‘ stark gemacht.

„Das Fach ‚Religion‘ steht allen SchülerInnen offen – unabhängig davon, ob und welcher

Glaubensgemeinschaft sie angehören. Die jungen Menschen sollen im gemeinsamen Unterricht miteinander und nicht übereinander sprechen. Das fördert sowohl die eigene Identität als auch das Verständnis untereinander. Gegenseitige Achtung ist auch die Voraussetzung für gelingende Integration“, unterstreicht Kirsten Kappert-Gonthier. Die Sprecherin für Religion erteilt zugleich Bestrebungen, die SchülerInnen konfessionell gesondert zu unterrichten, eine Absage. „Wir wollen keinen getrennten Religionsunterricht. Uns geht es darum, das Verbindende zu betonen und nicht das Trennende. Schließlich ist Wissensvermittlung und nicht Glaubensverkündigung die Aufgabe von Schule“, so Kirsten Kappert-Gonthier.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen

Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch

Fotos: Elisa Meyer, iStockphoto,

Matthias Makosch

Druck: Geffken & Köllner, Bremen